

mit können sie vollkommen befriedigt sein und ich wüßte nicht, wie eine constitutionelle Ständeversammlung in dieser Hinsicht eine Bevorzugung aussprechen könnte, welche sie selbst später nicht einmal zurückzunehmen im Stande wäre, denn die Hammerwerksbesitzer würden sich dann später auf ihr Recht berufen.

Abg. Heyn: Wenn der Abg. Unger den Antrag nur soweit annehmen will, als er dahin geht, die hier in Frage stehende Petition an die Regierung abzugeben, nun so wird damit soviel ausgesprochen, daß der Antrag null und nichtig wird. Was soll nun die hohe Staatsregierung am Ende thun, wenn ein dergleichen Antrag an sie gelangt? Wenn immer soviel Gewicht darauf gelegt werden will, daß andere Landestheile immer die Hölzer viel theurer hätten, als in unserer Gegend, nun so kann dies wohl wahr sein, allein ich muß dagegen doch einhalten, daß andere Landestheile wieder in anderer Beziehung in großem Vortheil gegen den unsrigen stehen und daß der geringere Preis der Hölzer gegen die anderen Vortheile nur eine geringe gegenseitige Ausgleichung ist. Wenn man ferner immer nur darauf hinweist, daß dieser Gewinn nur den Hammerwerksbesitzern zufließe, so muß ich dies gänzlich in Abrede stellen. Ich spreche nicht im eigenen Interesse und bin nicht Hammerwerksbesitzer, sondern Deconom; allein meine Herren, erwägen Sie wohl, was ich schon vorhin sagte: Wie viel Arbeiter, wenn die Fabriken zum Stillstehen kommen, dadurch brodlos werden und welcher Nationalreichtum in Folge dessen unverwerthet liegen bleibt. Ich glaube auch, daß der geringe Nachtheil, den die Staatscasse dadurch erleidet, durch die Beschäftigung der Arbeiter wieder ausgeglichen wird. Es ist ein großer Unterschied, ob in allen Gegenden des Landes die Arbeiter jeder Classe Arbeit und Brod haben oder nicht? Wer soll sie denn am Ende unterstützen, wenn sie keine Arbeit haben? Und ich frage, ob nicht die Staatscasse weit mehr in Anspruch genommen werden würde, um sie, wenn sie brodlos sind, zu erhalten, als die paar Tausend Thaler, um die es sich hier handelt, betragen. Ich stimme also in dieser Beziehung vollkommen mit der Deputation überein.

Abg. Thiersch: Ich habe dem Abg. Unger nur zu entgegen, daß ich glaube, mich des Wörtchens „muß“ in meiner Rede nicht bedient zu haben. Ich habe der Deputation meinen Beifall über ihren Bericht zu erkennen gegeben und glaube, daß, was ich mir verstattet habe zu sagen, nochmals wiederholen zu können, nämlich daß die Petition der Hammerwerksbesitzer von der hohen Staatsregierung berücksichtigt werden wird, wenn wir die Sache ihrem Ermessen anheimgeben.

Präsident D. Haase: Wünscht noch Jemand das Wort? Wenn dies nicht ist, so erkläre ich die Debatte für geschlossen.

Staatsminister Behr: Herr Präsident! Ich wollte mir nur eine kleine Bemerkung erlauben in Bezug auf die Aeußerung des geehrten Abg. Gäßschmann. Das, was der geehrte Herr Referent bereits erwähnt hat, wird im Allgemeinen schon ausreichen, um diese Ansicht zu widerlegen. Ich erlaube mir daher nur noch folgendes Wenige hinzuzufügen. Wenn es wahr wäre, daß davon, ob das Einnahmehudget und namentlich ob die eine oder andere Einnahmequelle höher oder tiefer gestellt wird, das Interesse der Steuerpflichtigen abhinge, so würde dieser Bemerkung die allergrößte Beachtung zu schenken sein. Ich bin aber gern bereit, das, was ich schon in der Deputation ausgesprochen habe, auch hier in der Kammer zu wiederholen, daß, insofern sich Ueberschüsse finden, sie allerdings zunächst nach Deckung der unvermeidlichen Ausgaben zur Ermäßigung und nach Befinden zum Erlaß von Steuern verwendet werden sollen. Durch diese im Bericht ausdrücklich erwähnte Erklärung, welche ich in der Deputation abgegeben habe, ist das Bedenken, das der geehrte Abg. Gäßschmann sich gemacht hat, bereits vollständig erledigt. Dabei aber ist das Interesse der Steuerpflichtigen ebenso betheiltigt, daß die Finanzverwaltung nicht zu unsicheren Zuständen hingeführt werde. Wenn es wahr ist, daß dieser Einnahmezweig vielleicht einen höhern Ertrag gewähren könnte, als veranschlagt ist, so ist es eben so wahr, daß der Ertrag anderer Einnahmezweige höchst zweifelhaft und Niemand im Stande ist, ihn zu garantiren. Ich berühre in dieser Beziehung nur das Zolleinkommen. Es ist so angenommen, wie es bis jetzt in der Hauptsache in den letzten Finanzperioden sich herausgestellt hat. Die Finanzverwaltung hat am allerwenigsten Besorgnisse aussprechen wollen, daß Zustände eintreten könnten, welche es schmälern würden; daß aber die Möglichkeit gegeben ist, daß solche Zustände eintreten, das wird Niemand verkennen, und doch sind die Einnahmen überhaupt nur der eine Factor des Budgets, der andere Factor sind die Ausgaben. Es würde mir nicht schwer werden, nachzuweisen, daß unvermeidlich auch in den Ausgaben wesentliche Erhöhungen eintreten werden. Die Finanzverwaltung muß vor allen Dingen im Interesse der Steuerpflichtigen dafür sorgen, daß wir nicht zu unsichern Finanzzuständen hingedrängt werden. Erlaubt es diese Sicherstellung, wovon wesentlich das Wohl und Wehe des Landes, des Handels und der Gewerbe abhängt, dann wird die Staatsverwaltung den Steuerpflichtigen gern die Ermäßigung und nach Befinden den Erlaß der Steuern gewähren, welcher durch günstigere Resultate, als bis jetzt angenommen sind, möglich wird.

Präsident D. Haase: Der Herr Referent hat nun das Schlußwort.

Referent Abg. Georgi: Es hat eine ähnliche Verhandlung über die Hammerwerke, wie sie schon zu verschiedenen Malen in diesem Saale stattgefunden hat, auch heute wieder Platz gegriffen. Es ist namentlich von einer Seite her mit einer